



Jugendarbeit – Postulat von Orla Oeri-Devereux (Nr. 03/163) namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend

Kurzinformation	Am 14. Dezember 2003 reichte Frau Orla Oeri namens der SP-Fraktion ein Postulat mit dem Begehren ein, dem Einwohnerrat sei ein Bericht über die Liestaler Jugend zu unterbreiten. Der Bericht zeigt folgende Aspekte auf: Die verstärkt auftretenden Jugendprobleme sind als gesamtgesellschaftliches Problem zu verstehen, wovon nicht nur Liestal und die Agglomeration Basel betroffen sind, sondern die ganze Schweiz und ihre Nachbarländer. Es kann deshalb nicht von einem Liestal spezifischen Problem gesprochen werden. Gründe für die zunehmenden Jugendprobleme liegen im rasanten gesellschaftlichen Wandel und im Verlust von traditionellen Werten wie auch an einer fehlenden Beantwortung und Begleitung einer zunehmenden Zahl von Jugendlichen durch erwachsene Bezugspersonen. Eine Vielzahl von Fachstellen und Institutionen der Jugendhilfe wie auch die Schule bieten Hilfestellungen an und unterstützen die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe. Liestal hat zum Ausbau der Jugendhilfe in den vergangenen 10 Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet und verschiedene Projekte und Beratungsangebote aufgebaut. Eine Lösung der Jugendprobleme ist abhängig von der Lösung anderer gewichtiger gesellschaftlicher Probleme und steht zu diesen in einem Zusammenhang - es gibt deshalb keine einfachen Rezepte oder kommunale Projekte, welche Abhilfe schaffen könnten. Nötig sind Ansätze zu einer gesellschaftlichen und strukturellen Veränderung, welche die Chancengleichheit für alle ermöglicht. In Zukunft geht es darum, die Angebote der Jugendarbeit und Jugendhilfe besser zu vernetzen und die Zusammenarbeit aller Akteure zu optimieren und zu regionalisieren. Dieser pragmatische Ansatz, welcher von Liestal bereits praktiziert wird, soll weiter verfolgt werden.				
Antrag	Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht betreffend Situation der Liestaler Jugend als Beantwortung des Postulates Orla Oeri zustimmend Kenntnis.				
	Liestal, 07.09.2004 Für den Stadtrat Liestal <table><tr><td>Die Stadtpräsidentin</td><td>Der Stadtverwalter</td></tr><tr><td>Regula Gysin</td><td>Roland Plattner</td></tr></table>	Die Stadtpräsidentin	Der Stadtverwalter	Regula Gysin	Roland Plattner
Die Stadtpräsidentin	Der Stadtverwalter				
Regula Gysin	Roland Plattner				

DETAILINFORMATIONEN

1. Ausgangslage

Die Postulantin bezieht sich auf die Studie SMASH 2002, welche die Resultate einer Untersuchung über die Gesundheit und den Lebensstil der 16- bis 20-Jährigen in der Schweiz enthält und erwähnt die drei wichtigsten Befunde:

1. Die Mehrheit der befragten Jugendlichen fühlt sich gesund;
2. 30% der Jugendlichen haben Schwierigkeiten auf der emotionalen Ebene oder auf der Beziehungsebene oder zeigen Risikoverhalten;
3. seit 1993 (der Zeitpunkt der ersten SMASH-Studie) hat sich die Situation, insbesondere in den Bereichen psychische Gesundheit und Suchtverhalten, verschlechtert.

Im weiteren weist die Postulantin auf den stark angestiegenen Alkoholkonsum von Jugendlichen in den vergangenen Jahren hin (massive Zunahme des Verkaufs und Konsums von Alcopops) und erwähnt die Situation um den Bahnhof Liestal mit zunehmender Gewalt unter Jugendlichen.

Sie bittet den Stadtrat in Anbetracht dieser nationalen und lokalen Entwicklungen um eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend mit entsprechender Berichterstattung an den Einwohnererrat, in welchem ggfs. der erforderliche Handlungsbedarf aufgezeigt wird.

Der Stadtrat hat das Postulat zur Bearbeitung und Beantwortung entgegengenommen.

2. Einschätzung/Lösungsvorschlag/Projektbeschreibung

Dazu gibt die von der Postulantin als Ausgangslage erwähnte SMASH-Studie aufschlussreiche Hinweise.

Es sind vor allem gesellschaftliche Faktoren, welche als Ursachen für die Probleme und Schwierigkeiten im emotionalen Bereich und im Bereich der Beziehungen einer Minorität der Jugendlichen, die allerdings im Wachsen begriffen ist, in den Vordergrund treten:

- Zu viele Kinder und Jugendliche leiden unter einem Mangel an Zuwendung von ihren Eltern und es fehlt ihnen an verlässlichen Beziehungen mit verantwortungsvollen Erwachsenen mit Vorbildfunktion.
- Es besteht eine wachsende Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft, bedingt durch ein sich verschlechterndes Wirtschaftsklima (erschwerte Bedingungen für den Zutritt zu einem Ausbildungsplatz). Diese Unsicherheit wird noch verstärkt durch eine Gesellschaft, die sich immer mehr auf Konkurrenz ausrichtet und in der sich die schwächsten Glieder (tiefes Bildungsniveau, ungenügende Sprachkenntnisse) rasch ausgeschlossen fühlen.
- Die Eroberung der Familien- und Privatsphäre durch die Medien, insbesondere die elektronischen Medien, hat längst Einzug gehalten. Auch wenn sie nicht exakt zu quantifizieren ist, zeigen sich Auswirkungen davon (Gewalt, Schönheitsideal), beispielsweise bei der Entstehung eines gestörten Körperbildes, unter dem viele Mädchen und Jungen leiden.
- Es fehlt an einer kohärenten öffentlichen Botschaft zur gesundheitlichen Bedeutung beispielsweise von Drogen.

- Es besteht eine Freizügigkeit im Handel mit psychoaktiven legalen und illegalen Substanzen (auch im Vergleich mit dem Ausland); die Senkung des Preises für hochprozentige Alkoholika, der Verkauf von Alcopop-Getränken in allen Selbstbedienungsläden, das Fehlen einer Gesetzgebung, welche die Rauchfreiheit der öffentlichen Räume vorantreibt sowie das Fehlen einer kohärenten Haltung gegenüber den Jugendlichen sind problemfördernde Faktoren.

Es wird deutlich, dass die meisten der beschriebenen Probleme nicht Probleme der Jugendlichen, sondern Probleme der Gesellschaft sind.

Der Einfluss von wirtschaftlichen, sozialen und Umweltfaktoren auf abweichendes Verhalten (wie bspw. Suchtmittelmissbrauch, Gewalt, Delinquenz) darf nicht unterschätzt werden. Für einzelne besonders verletzbare Jugendliche fördern Stress in Schule und Lehre, ein gespanntes Klima in der Familie, fehlende berufliche Perspektiven sowie Sorgen um die Finanz- und Wohnsituation das Entstehen von Ängsten und Depressivität oder eine Flucht in gesundheitsschädigende Verhaltensweisen. Es wäre falsch, sich nur auf die Symptome zu konzentrieren, ohne auch den Einfluss der zugrunde liegenden gesellschaftlichen und psychosozialen Faktoren zu beachten.

Folgende Lösungsansätze werden in der SMASH-Studie angeregt:

- Interventionen, welche die Eltern einbeziehen, sind wirksamer als solche, die sich auf die Jugendlichen als Zielgruppe beschränken.
- Es sind vermehrt Interventionen mit Gleichaltrigen zu initiieren, welche ausgebildet sind, um Aktivitäten in ihrem Kollegenkreis durchzuführen.
- Schulen, die den Schwerpunkt auf Beziehung, Solidarität und Respekt vor den individuellen Unterschieden legen, leisten dadurch einen wichtigen Beitrag zur Prävention.
- Gewaltprävention ist schwerpunktmässig auf das Erlernen von Lebenskompetenzen (Ausdruck von Gefühlen, Umgang mit Konflikten, Widerstand gegen Gruppendruck) auszurichten und wirkt dadurch nachhaltiger.
- Klare Aussagen zu den Verhaltensregeln, welche in unserer Gesellschaft gelten, bilden eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame Prävention: Es braucht kohärente Reaktionen auf Gewaltakte, die mit therapeutischen Massnahmen zu verbinden sind.
- Es sind Netzwerke zu bilden, welche eine bessere Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen, die im engen Kontakt mit Jugendlichen stehen (Lehrkräfte, Jugendarbeiter, Sozialdienste), sicherstellen.
- Die Sensibilisierung und Ausbildung von Fachpersonen aus dem ganzen Jugendbereich, die sich um Jugendliche in Schwierigkeiten kümmern, ist zu fördern.

Fragen der Postulantin:

• **Was für Probleme und Schwierigkeiten haben unsere Jugendlichen in Liestal?**

Wir können aufgrund von Beobachtungen und Erfahrungen davon ausgehen, dass die Schwierigkeiten der Liestaler Jugend und die ihnen zugrunde liegenden Ursachen nicht grundsätzlich anders sind als die in der SMASH-Studie genannten Probleme im gesamtschweizerischen Kontext.

Die in der SMASH-Studie erwähnte Verschärfung der Jugendprobleme wie auch der stark angestiegene Verkauf von Suchtmitteln an Jugendliche und deren Konsum machen deutlich, dass die Jugendprobleme kontinuierlich im Zunehmen begriffen sind. Die in jüngster Vergangenheit akzentuiert aufgetretenen Probleme rund um die Allee und am Bahnhof sind lokaler Ausdruck dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Angst und Verunsicherung gehen mit einem Wertepluralismus einher, welcher vielen Jugendlichen nur noch mangelhafte Orientierung zu vermitteln vermag. Einfache Botschaften sind wieder gefragt und stiften Identität, sind aber auch gefährlich, weil sie zu Intoleranz und Gewalt gegenüber anders Denkenden führen können. Die zunehmend leistungsorientierte Arbeitswelt grenzt Jugendliche mit tieferem Bildungs- und Leistungsniveau oder Jugendliche, welche eine gewisse Betreuung benötigen, aus dem Arbeitsprozess aus oder überlässt ihnen die Billigjobs. Dies führt vor allem bei Jugendlichen, welche über kein tragfähiges Beziehungsnetz und keine verständnisvolle Kommunikation in ihrer Familie verfügen, zu Frustrationen (no-future-Mentalität) und zu Selbstwertstörungen, welche mit untauglichen Mitteln kompensiert werden müssen. Diese Situation ist nicht spezifisch für Liestal, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Folgende Hauptprobleme treten aufgrund der Erfahrungen von Fachpersonen in der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, der Jugendanwaltschaft und der Sozialen Dienste auch in Liestal in Erscheinung:

- Beziehungsprobleme in der Familie
- Beziehungsprobleme unter Gleichaltrigen (peer-group)
- Psychische/emotionale Probleme
- Probleme mit der Selbstakzeptanz
- Schulische Probleme und Probleme am Arbeitsplatz (Leistungsdefizit)
- Schwierigkeit, einen Ausbildungsplatz (Lehrstelle) zu finden
- Zunehmende Lehrstellenabbrüche
- Drogenprobleme (Alkohol und andere Drogen)
- Gewaltprobleme (Täter und Opfer)
- Delinquenz

Wir gehen davon aus, dass ca. 15% der Jugendlichen im Alter zwischen 12 bis 19 Jahren Probleme in einem der oben erwähnten Bereiche aufweisen und dabei fachliche Hilfe benötigen. Bezogen auf Liestal handelt es sich um eine geschätzte Zahl von 150 bis 200 Jugendlichen. Auch dies dürfte wiederum vergleichbar sein mit Verhältnissen in anderen Agglomerationen der Schweiz.

- **Wie schwerwiegend sind diese Probleme?**

Bei den geschätzten 150 bis 200 Jugendlichen wäre vermutlich eine fachliche Hilfe und Unterstützung indiziert. Dabei dürfte der Schweregrad der Probleme unterschiedlich sein und demzufolge auch das Hilfsangebot. Das Spektrum bewegt sich zwischen einem und mehreren Gesprächen (Konsultation/Kurzberatung) bis zur längerfristigen Hilfestellung in Form von psychosozialer Hilfe und Beratung/Behandlung durch eine geeignete Fachstelle (zB. Jugendberatung, Drogenberatung, Jugendpsychiatrischer Dienst) und in schwerwiegenden Fällen mit ungünstiger Prognose im herkömmlichen Umfeld ist eine stationäre Hilfestellung angezeigt. In jenen Fällen, wo die Probleme zu deviantem Verhalten führen, sind meist Behörden und Amtsstellen im Rahmen des gesetzlichen Jugendschutzes involviert und leiten die erforderlichen Massnahmen ein (Vormundschaftsbehörde, Jugendanwaltschaft). Zunehmend ist die Inanspruchnahme von sogenannten Brückenangeboten für Jugendliche erforderlich, da eine wachsende Zahl von SchulabgängerInnen mit ungenügenden schulischen Leistungen Probleme bekunden, einen Ausbildungsplatz zu finden oder die Ausbildung abzuschliessen. Jugendliche und junge Erwachsene, welche diese Angebote nicht nutzen können, werden vermehrt bei der Sozialhilfe vorstellig. Sie benötigen eine umfassende Hilfestellung - wirtschaftliche Sozialhilfe eingeschlossen - bei eher ungünstigen Prognosen.

- **Wie und von wem werden diese Probleme angegangen?**

Je nach Angebot/Institution und Problemsituation melden sich die Jugendlichen oder ihre Eltern selbst an, z.T. auch auf Empfehlung (beispielsweise der Lehrperson) oder werden von einer Stelle überwiesen. Bei Angeboten der offenen Jugendarbeit entstehen Kontakte niederschwellig im Rahmen des Besuches eines Treffpunktes und bei aufsuchenden Angeboten (Streetwork) werden die Jugendlichen an jenen Orten, wo sie sich aufhalten, kontaktiert. Im vormundschaftlichen oder jugendstrafrechtlichen Bereich sind die Behörden von Gesetzes wegen verpflichtet, aktiv zu werden.

Verschiedene Angebote und Fachstellen im Bereich der Jugendhilfe leisten einen Beitrag zur Verminderung der Jugendprobleme und zur Erarbeitung von Lösungen. Die Institutionen arbeiten in der Regel zusammen und koordinieren die sich ergänzenden Angebote und Tätigkeiten. Es ist bezeichnend, dass im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden Probleme im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes in den vergangenen 10 Jahren die Institutionen ihre Angebote laufend erweitert und den veränderten Bedürfnissen angepasst haben und etliche neue Stellen geschaffen wurden.

- **Was wurde in den vergangenen Jahren hinsichtlich Jugendhilfe getan?**

Die Stadt Liestal hat in verschiedenen Bereichen der Jugendhilfe in den Neunzigerjahren eine Vorreiterrolle eingenommen.

Die wichtigsten Meilensteine seien hier erwähnt:

Drogen- und Präventionskonzept der Stadt Liestal

Als erste Gemeinde im Kanton Baselland hat die Stadt Liestal 1992 eine eigene Drogenkommission eingesetzt und beauftragt, einen Bericht zur Drogenproblematik von Liestal zu erarbeiten und ggfs. Massnahmen zur Abhilfe vorzuschlagen.

Der von der Kommission erarbeitete Bericht enthielt eine Bestandesaufnahme des Angebotes der Drogenhilfe und machte in den 4 Bereichen Prävention, Früherfassung, Therapie und Behandlung sowie Überlebenshilfe Lücken in der Angebotskette aus und schlug Massnahmen zur Prophylaxe, Behandlung und zur Integration von Gefährdeten resp. Suchtmittelabhängigen vor.

Der Einwohnerrat hat im Dezember 1993 den Bericht betreffend Drogenkonzept Liestal einstimmig verabschiedet. Zur Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen mit dem Schwerpunkt, die präventiven Bemühungen zu verstärken und die Angebote besser zu koordinieren, wurde die Stelle eines Beauftragten (Drogenkoordinationsstelle) geschaffen. Prioritär wurde die Zusammenarbeit mit Schulen aller Stufen (bereits schon auf Kindergartenstufe) aufgebaut, um die Prävention zu verstärken und Lehrpersonen darin zu unterstützen, vermehrt Präventionsaspekte zu beachten, gefährdete Schülerinnen und Schüler besser zu erkennen und Unterstützung anzubieten oder zu vermitteln.

Projekte an Schulen

Auf Real/BWK-Stufe wurde 1996 das Projekt „Schulteam“ in enger Zusammenarbeit mit der Höheren Fachschule für Sozialarbeit (HFS) Zentralschweiz initiiert. Lehrpersonen bilden Teams und treffen sich regelmässig mit Unterstützung einer aussenstehenden Fachperson, um Beobachtungen betreffend Schülerinnen und Schüler auszutauschen und so Gefährdungen besser zu erkennen und frühzeitige Hilfestellungen zu ermöglichen. Parallel dazu werden Massnahmen auf struktureller Ebene zur Optimierung von Schulklima und Unterricht besprochen und umgesetzt. Nach einer zweijährigen Projektdauer wurde ein Anschlussprojekt zur Verankerung und Überführung der Projektidee in die Schulstrukturen erfolgreich durchgeführt. Im Rahmen dieses Projektes und als weiterführende Konsequenz einer umfassend verstandenen Prävention wurde ein Leitbild erarbeitet und verabschiedet.

An der Primarschule Frenke wurde das zweijährige pädagogische Projekt "Just Community" durchgeführt. Bei diesem Programm werden die Kinder eingeladen, Regeln mitzuentcheiden und sich für diese Regeln verantwortlich zu fühlen. Es zeigte sich, dass eine intensive Diskussion über Gerechtigkeitskonflikte dabei hilft, die eigenen Denkfähigkeiten immer wieder auf die Probe zu stellen und weiterzuentwickeln. Dabei soll nicht nur diskutiert werden, sondern Handeln, Spass und Gemeinschaftserfahrung dürfen nicht zu kurz kommen.

Schulsozialarbeit: Liestal als Pioniergemeinde

Liestal führte als erste Baselbieter Gemeinde die Schulsozialarbeit als Pilotprojekt an der Stufe Sekundar I ein und stellte im Juni 1998 den ersten Schulsozialarbeiter im Kanton Baselland an.

Verschiedene andere Gemeinden im Kanton folgten dem Beispiel Liestals und führten die Schulsozialarbeit als niederschwelliges Angebot der Jugendhilfe ein. Erfreulicherweise wurde die Schulsozialarbeit im Zuge des neuen Bildungsgesetzes vom Kanton Baselland aufgenommen. Damit sollten im Kanton Basellandschaft sämtliche Schulen der Stufe Sekundar I mit dem Angebot Schulsozialarbeit ausgestattet sein, wozu Liestal mit dem Pionierprojekt massgeblich beitragen konnte.

• ***Wo stehen wir heute betreffend Jugendhilfe?***

Einige der in der SMASH-Studie angeregten Lösungsansätze sind in Liestal (und im Kanton Baselland) umgesetzt.

Arbeit mit Familien: In den letzten 10 Jahren hat sich bei praktisch allen Beratungsstellen ein familienorientierter Ansatz in der Jugendhilfe etabliert. Viele Fachpersonen sind zusätzlich in Familienberatung ausgebildet und beziehen die Eltern in die Beratung mit ein. Bei den Sozialen Diensten verfügen Mitarbeitende über Zusatzausbildungen in Familienberatung.

Arbeit an den Schulen: Neben dem neu eingeführten Schulsozialdienst wurde vor über 10 Jahren das heutige Amt für Volksschulen (damals Schulinspektorat) beauftragt, im schulischen Bereich den Aspekten der Gesundheitsförderung und Prävention gebührend Beachtung zu schenken und entsprechende Veranstaltungen und Schulungen für Lehrpersonen durchzuführen. Diese Arbeit ist unter dem Begriff "Jugend- und Gesellschaftsfragen" institutionalisiert und entsprechende Finanzmittel werden flächendeckend im Kanton bereitgestellt. Schüler und Schülerinnen werden mit speziellen Schulprojekten oder durch in den Unterricht einbezogene Lernmodule verstärkt im Bereich Sucht- und Gewaltprävention sensibilisiert und haben die Möglichkeit, von Beratungsangeboten Gebrauch zu machen oder werden von Lehrpersonen einer Beratung zugewiesen.

Verbesserung der Dienstleistungsqualität: In Zuge der o.e. Entwicklung wie auch aufgrund eines erweiterten und spezialisierten Beratungsangebotes hat sich die Dienstleistungsqualität von Institutionen, welche Jugendliche betreuen und beraten, laufend verbessert.

Die Bildung von Netzwerken zur besseren und vernetzten Zusammenarbeit zwischen Fachstellen und Behörden ist verschiedenenorts im Aufbau begriffen und muss weiter gefördert werden. Die Sozialen Dienste der Stadt Liestal arbeiten mit verschiedenen Partnerinstitutionen zusammen und beziehen diese in die Behandlung und Beratung ihrer Klientel mit ein (= Casemanagement).

Verschiedene Einrichtungen der Jugendhilfe, welche kompetente Arbeit leisten, haben in den letzten Jahren ihre Kooperation verstärkt und teilweise gemeinsame Angebote entwickelt, um die komplexen Problemsituationen in der Jugend- und Familienhilfe vernetzt anzugehen. So wurde zum Beispiel in enger Zusammenarbeit zwischen der Jugendanwaltschaft BL, der Drogenberatung BL und der Gesundheitsförderung BL ein Cannabis-Präventionskurs für Jugendliche entwickelt.

Mit dem **Projekt Streetwork Liestal/Region**, welches aufgrund der Ereignisse des letztjährigen heissen Sommers per 1. Juli 2004 lanciert wird, wird ein wichtiger Schritt zu einem vernetzten und regionalen Problemlösungsansatz getan. Im Verbund mit 8 regionalen Gemeinden hat die Stadt Liestal die Stiftung Jugendsozialwerk Blaues Kreuz Baselland beauftragt, gefährdete Jugendliche im öffentlichen Raum aufzusuchen und Frühkontakte herzustellen und nach Möglichkeit weitergehende Hilfe anzubieten oder zu vermitteln. Eine wesentliche Qualität dieses Projektes ist seine regionale und interdisziplinäre Ausrichtung. Die Streetworker (ein Mann und eine Frau) arbeiten mit Fachstellen der Jugendhilfe, mit Behörden und mit der Polizei zusammen. Dadurch sollten gefährdete Jugendliche zu einem möglichst frühen Zeitpunkt erfasst und einer Hilfestellung zugeführt werden können. Schul- und Gemeindebehörden wie auch die Organe der Polizei haben die Möglichkeit, die Streetworker auf spezielle Probleme von Jugendlichen im öffentlichen Raum hinzuweisen, damit sie sich der Situation annehmen.

3. Schlussfolgerungen/Massnahmen

Die Jugendprobleme sind in erster Linie als gesamtgesellschaftliche Probleme zu verstehen. Jugendliche reagieren auf gesellschaftliche Umbrüche besonders sensibel. Der in jüngster Zeit geschehene rasante gesellschaftliche Wandel hat viel zur Verunsicherung jener Jugendlichen beigetragen, welche in ihrem familiären Umfeld ungenügend unterstützt und begleitet wurden und deren Chancen in der Gesellschaft durch Sozialisationsdefizite nachteilig sind.

Dies ist kein spezifisches Problem der Liestaler Jugend, sondern ein Problem, welches national bekannt ist. Es besteht deshalb auch kein spezifischer und akuter Handlungsbedarf für Liestal oder unsere Region; hingegen wäre es falsch, sich zurückzulehnen und die Augen vor den wachsenden Problemen zu verschliessen.

Die erwähnten gesellschaftlichen Entwicklungen stellen für die Jugendhilfe und die Sozialarbeit, aber auch für Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen (national, kantonal und kommunal) eine grosse Herausforderung dar. Wir sind aufgefordert, die beschränkten Ressourcen nachhaltig zu Gunsten der Jugendhilfe und des Jugendschutzes einzusetzen und vorhandene Lücken mit neuen und gezielten Angeboten zu schliessen. Diese sind aufgrund der knappen Finanzmittel in erster Linie durch eine bessere Vernetzung und eine verstärkte Kooperation unter den verschiedenen Anbietern/Stellen kreativ zu entwickeln. Ergänzend zu einer verstärkten interdisziplinären Zusammenarbeit - wobei auch die Kooperation zwischen Prävention (Jugendhilfe/Sozialarbeit) und Repression (Polizei/Behördenarbeit) zu verstehen ist - ist auch die Zusammenarbeit unter den Gemeinden zu intensivieren. Die Probleme sind regional besser und effizienter anzugehen, als wenn jede Gemeinde eigene abgegrenzte Angebote bereitstellt und finanziert. Ein Schritt in diese Richtung wurde mit dem Projekt Streetwork Liestal/Region getan (→ regional → interdisziplinär → interinstitutionell).

Eine wichtige Bedeutung kommt der Gesetzgebung betreffend Umgang und Handhabung mit psychoaktiven Substanzen (Alkohol, Tabak, Cannabis und weitere Suchtmittel) zu. Hier sind derzeit Diskussionen auf Bundesebene im Gang und im Kanton Baselland ist ebenfalls einiges in Bewegung (neues Gesetz über den Anbau und Handel mit Cannabis, Erlass eines Alkohol- und Tabakgesetzes). Der Abgabe von Alkohol und anderen Suchtmitteln an Minderjährige muss rigoros der Riegel geschoben werden. Das Preisniveau für Alkohol und Tabak wie auch die Bewerbung dieser Produkte hat einen Einfluss auf den Konsum. Diesen Faktoren ist vom Gesetzgeber gebührend Beachtung zu schenken.

Mindestens was die Abgabe von Alkoholika betrifft, sind Massnahmen zur strikten Einhaltung des Alkoholverbotes gegenüber Minderjährigen in Verkaufsläden und Restaurants zu ergreifen. Verkaufsstellen an exponierten Orten (Bahnhof) sind zu einem Verzicht auf den Verkauf von Alkoholartikeln mit Hinweis auf den Jugendschutz zu bewegen.

Die Bestrebungen der Jugendarbeit und der Jugendhilfe sollten möglichst regional aufeinander abgestimmt und koordiniert werden und den Entwicklungen in der Jugendszene, welche es parallel zu beobachten gilt, angepasst werden.

Es wird angestrebt, zu diesem Zweck eine regionale Jugendkommission ins Leben zu rufen.

Das Projekt Streetwork Liestal/Region ist als regionale Massnahme zur Verminderung der Jugendprobleme mit hoher Priorität weiterzuführen und fundiert zu evaluieren. Über die Ergebnisse ist der Einwohnerrat im Juni 2005 zu informieren.

4. Beilage / Anmerkung

Beilage: Anhang / Tabelle „Angebote der Jugendarbeit/Jugendhilfe in Liestal und im Kanton Baselland“

Anmerkung: Der Forschungsbericht SMASH-O2 ist verfügbar auf der Homepage www.umsa.ch